

Vereinbarung über eine Vertragsübernahme

zwischen der

Stadt Steinbach (Taunus)

vertreten durch den Magistrat der Stadt Steinbach

Gartenstraße 20, 61449 Steinbach (Taunus)

– nachfolgend **Stadt** –

und der

Stadtwerke Oberursel (Taunus) GmbH

vertreten durch die Geschäftsführung

Oberurseler Straße 55-57, 61440 Oberursel

– nachfolgend **SWO** –

sowie der

Mainova Aktiengesellschaft

vertreten durch den Vorstand

Solmsstraße 38, 60486 Frankfurt am Main

– nachfolgend **Mainova** –

Präambel:

Die Stadt und SWO haben am 29. Mai 2018 einen Wegenutzungsvertrag für die Erdgasversorgung (Gas-Konzessionsvertrag) abgeschlossen. Gegenstand des Gas-Konzessionsvertrags ist die Nutzung öffentlicher Verkehrswege für die Verlegung und der Betrieb eines Erdgas-Versorgungsnetzes innerhalb des Konzessionsgebietes der Stadt. Bisheriger Gas-Konzessionsvertragspartner der Stadt war die Mainova, die bis heute Eigentümerin und Betreiberin des örtlichen Gasversorgungsnetzes ist.

SWO und Mainova haben sich bisher nicht auf eine Übertragung des Gasversorgungsnetzes verständigt, so dass dieses bisher weiterhin von der Mainova betrieben wird. Die Vertragsparteien sind sich darüber einig, dass nunmehr Mainova anstelle der SWO in den o.g. Gas-Konzessionsvertrag mit

der Stadt eintritt und SWO aus dem Vertragsverhältnis austritt (Vertragsübernahme). Hierzu vereinbaren die Vertragsparteien folgendes:

1. Mainova übernimmt mit Wirkung ab dem 01.01.2023 (Stichtag) anstelle der SWO den o.g. Vertrag und tritt damit in alle Rechte und Pflichten der SWO aus diesem Vertrag ein; insbesondere verpflichtet sich Mainova mit der Vertragsübernahme gegenüber der Stadt zur Zahlung der Konzessionsabgabe gemäß § 5 des Gas-Konzessionsvertrags.
2. Die Vertragsübernahme wirkt schuldbefreiend für die SWO. Mit Unterzeichnung dieser Vereinbarung kann die SWO keinerlei Rechte mehr aus dem Gas-Konzessionsvertrag herleiten und ist aus allen sich daraus ergebenden Verpflichtungen entlassen. Die Stadt und SWO sind sich einig, dass bisher zwischen ihnen keine Verbindlichkeiten aus dem Gas-Konzessionsvertrag entstanden sind.
3. Die Stadt erklärt hiermit ihre Zustimmung zu der Vertragsübernahme.
4. Die Stadt und Mainova vereinbaren darüber hinaus, mit Wirkung ab dem o.g. Stichtag den bisherigen § 9 Abs. 4 des o.g. Gas-Konzessionsvertrags zu streichen und stattdessen die nachfolgende Regelung als § 3 Abs. 6 des o.g. Gas-Konzessionsvertrags neu einzuführen:

„Werden Teile des Gasversorgungsnetzes samt Zubehör einschließlich Gasdruckregel- und -messenanlagen nicht mehr von Mainova genutzt, so kann die Stadt die Beseitigung dieser Anlagen auf Kosten von Mainova verlangen, sofern dies im öffentlichen Interesse geboten ist und der wirtschaftliche Aufwand der Mainova im Verhältnis zur Maßnahme der Stadt nicht unangemessen hoch ist. Das öffentliche Interesse ist insbesondere dann gegeben, wenn ohne die Beseitigung der nicht genutzten Anlagen der Mainova die Maßnahme der Stadt erschwert oder behindert wird oder die Maßnahme den Zielen gem. § 1 Abs. 1 EnWG zuwiderläuft.

Die Beseitigung der stillgelegten Anlagen nach Satz 1 erfolgt insbesondere dann, wenn diese grundhafte Straßenerneuerungen, Kanalbaumaßnahmen oder Maßnahmen an den Leitungen der Wasserversorgung der Stadt erschweren oder behindern.

Oberirdische Anlagen sind nach endgültiger Stilllegung grundsätzlich zu demontieren und der vorhergehende Zustand in angemessener Zeit wieder herzustellen.“

5. Mündliche Nebenabreden zu dieser Vereinbarung sind nicht getroffen.

Änderungen und Ergänzungen dieser Vereinbarung bedürfen der Schriftform.

Sollten einzelne Bestimmungen dieser Vereinbarung unwirksam sein oder werden, so bleibt diese Vereinbarung im Übrigen wirksam. Es sollen dann im Wege der (auch ergänzenden) Auslegung die Regelungen gelten, die dem wirtschaftlichen Zweck der unwirksamen Bestimmung soweit wie möglich entsprechen. Sofern eine Auslegung aus Rechtsgründen ausscheidet, verpflichten sich die Vertragsschließenden, dementsprechende ergänzende Vereinbarungen zu treffen. Das gilt auch, wenn sich bei der Durchführung oder der Auslegung dieser Vereinbarung eine ergänzungsbedürftige Lücke ergibt.

Steinbach (Taunus), den _____

Stadt Steinbach (Taunus)

Oberursel, den _____

Stadwerke Oberursel (Taunus) GmbH

Frankfurt am Main, den _____

Mainova Aktiengesellschaft
